

28. JUNI 1960



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0 886 890

F/XV/144 - 28. Juni 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Neuer Tiefstand</u> Nach dem Scheitern der Genfer Abrüstungsverhandlungen	45
2	<u>Gesprächsverhandlungen für den Frieden</u> Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	52
3 - 4	<u>Zwischen EWG und EFTA</u> Sorgen der norddeutschen Länder Von Hinrich Wilhelm Kopf, Ministerpräsident von Niedersachsen	73
5	<u>Primitive Coax-Werbung als Berlinale-"Beitrag"</u> Eine Geschmackslosigkeit auf dem X. Filmfestspielen der "Frentstadt Berlin"	42
6 - 7	<u>Demokratie ohne Illusionen</u> Bemerkungen zu einer Journalistentagung in Döben	68

* * *
* * *

Neuer Tiefstand

sp - Die Genfer Verhandlungen über Abrüstung haben ein unrühmliches Ende genommen. Die Vertreter des Ostblocks gaben ihren westlichen Gesprächspartnern nicht einmal mehr Gelegenheit, ihre neuen Vorschläge vorzutragen; sie verließen den Verhandlungsraum und machten dadurch wenigstens für die nächste Zeit viele Hoffnungen zunichte. Welche Gründe mögen Chruschtschow zu diesem spektakulären Abbruch bewogen haben? Geschah es im Blick auf seinen mächtigen Nachbarn China? Brauchte er diesen Kraftakt, um damit zu demonstrieren, daß er, der so oft von Koexistenz spricht und deshalb sich den Verdächtigungen Pekings aussetzt, mit der "imperialistischen Westen" nicht weniger hart umzugehen versteht? Oder will er erst das Ergebnis der im November fälligen amerikanischen Präsidentschaftswahlen abwarten und die Zwischenzeit zu neuen Vorstößen ausnutzen? Viele Motive fließen hier ineinander. Welche Erklärungen man auch immer für die sowjetrussische Verhaltensweise finden oder geben mag, sie können nicht den Tiefstand der Beziehungen verschleiern, der zwischen West und Ost besteht.

Vor einer ohnehin von waffenerstarrten Welt erhebt sich die düstere Aussicht eines gesteigerten Wettrüstens. Die Abrüstungsapostel dies- und jenseits des Eisernen Vorhans werden frischer Auftrieb bekommen und versucht sein, Öl ins Feuer zu gießen. Der Weg unbeschränkten Wettrüstens führt zum kollektiven Selbstmord. Diese Einsicht ist noch nicht erloschen, die Mächtigen in Westen und im Osten sind sich - und darin liegt die Hoffnung - der schrecklichen Konsequenzen eines Wettrüstens ohne Ende wohl bewußt.

Der Auftrag der Vereinten Nationen an die Zehn-Mächte-Abrüstungskonferenz fällt nun unerledigt an den Auftraggeber zurück. Die UNO wird sich erneut damit auf ihrer September-Tagung zu befassen haben. Das kann auch sein Gutes haben. In der UNO besitzen die blockfreien und am Kalten Krieg nicht beteiligten Länder die Mehrheit. Sie stellen eine unermesslich große moralische Kraft dar und besitzen durch ihre Gewicht, das ihnen heute zukommt, viele Möglichkeiten, den Gang und die Verhaltensweisen der Supermächte zu beeinflussen. Auch ein Chruschtschow wird es sich nicht leisten können, die Stimmen dieser Länder in den Wind zu schlagen, wie umgekehrt der Westen sich noch mehr Mühe wird geben müssen, die Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit seines Willens zur Abrüstung zu bekunden. Die Rücksichtnahme auf diese Länder setzt den kommenden Propagandaschlachten in der UNO und dem Wettüsten zwischen West und Ost doch gewisse Grenzen, die keine Seite ohne schweren Schaden überschreiten kann.

Über den Genfer Abrüstungsgesprächen lag ohnehin gespenstischer Schatten, vom gegenseitigen Mißtrauen abgesehen, das nach dem Pariser Fehlschlag neu entflammt worden war. Die Abwesenheit Chinas, der dritten Weltmacht von morgen, verließ diesen Verhandlungen mehr oder weniger einer akademischen Charakter. Wie wäre auch eine dauerhafte Abrüstung möglich ohne die Mitwirkung Chinas? In der Zukunft wird nur das 600-Millionen-Reich der Chinesen als dritter Großer hinzuzurechnen müssen, soll die Unterschrift über ein Abrüstungsabkommen der Linte wert sein.

Geheimverhandlungen für den Frieden

Von unseren Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Trotz strenger Geheimhaltung von beiden Seiten sind die Blicke der französischen Öffentlichkeit auf die Besprechungen gerichtet, in welchen die ersten Abgesandten der FLN unter der Führung des in Paris wohlbekannten algerischen Rechtsanwaltes Boumendjel mit den Vertretern der französischen Regierung über die ersten Schritte der Waffenstillstandsverhandlungen beraten. Die Vertreter der FLN wurden zum ersten Mal als "gleichberechtigte Gesprächspartner" behandelt und wären unter anderen Umständen wohl gar nicht gekommen. Auf beiden Seiten besteht der Wunsch, zu einem positiven Ergebnis zu kommen.

Die FLN legt größten Wert darauf, mit de Gaulle direkt zu verhandeln, nicht nur aus Sorge um einen diplomatischen "Gipfel", sondern vor allem, weil sie zum gegenwärtigen Präsidenten der französischen Republik größeres Vertrauen hat, als zu den meisten Mitgliedern der gegenwärtigen Regierung.

Die französischen Behörden haben alle politischen Kundgebungen verboten, die sich auf die gegenwärtigen Waffenstillstandsverhandlungen beziehen. Diese Maßnahme richtet sich gegen die steigende Linkswoge, aber auch gegen die Manöver der "Ultras". Alle Organisationen der französischen Linken und alle Gewerkschaften hatten Großkundgebungen für die Durchsetzung des Waffenstillstands und gegen die Sabotage der unentwegten Kriegsbefürworter angekündigt. Die Regierung versucht, zwischen der Drohung von rechts und dem Druck von links im Zustand des Gleichgewichts zu bleiben.

Der Druck von links wird aber immer stärker. Zum ersten Mal seit vielen Jahren haben alle großen Gewerkschaftsorganisationen der französischen Hauptstadt einen gemeinsamen Aufruf erlassen, diesmal nicht für Lohnforderungen, sondern für die Durchsetzung des Friedens und der Selbstbestimmung in Algerien. Zahlreiche Studenten- und Jugendorganisationen haben sich dem Appell angeschlossen.

Zum ersten Mal wieder Einheitsfront der Linken

Das Ereignis ist von überzeugender Bedeutung, nicht nur wegen des sozialen Gewichts, das damit in die Waagschale der Waffenstillstandsverhandlungen fällt, sondern überhaupt für die ganze weitere politische Entwicklung Frankreichs. Während die Anhänger Soustelle im ganzen Land und insbesondere im Staatsapparat eine Stimmung gegen die Friedensverhandlungen zu erzeugen versuchen und zu Massenattraktionen in die neu gegründete "FAT" (Front pour l'Algérie Française) werben, melden sich jetzt Massen der Arbeitnehmer in einer Sprache, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt.

Der sozialistisch orientierte Gewerkschaftsbund FO, die christliche Gewerkschaftsbewegung, die kommunistische CGT und der einflußreiche unabhängige Lehrerbund erklären, die Arbeitnehmer werden "den notwendigen Druck" ausüben und sich jedem Versuch widersetzen, durch welchen die Verhandlungen verhindert werden könnten.

Zum ersten Mal wird in dem weit verbreiteten Appell der Algerienkrieg als direkte Ursache für die wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten Frankreichs bezeichnet, für die Senkung der Kaufkraft, die Einschränkung der demokratischen Rechte, die Beschlagnahme von Zeitungen, die Ausnahme Gesetze, Sondervollmachten, Beschränkung der Gewerkschaftsfreiheit, Zwangsaufenthalte und andere Mißstände. Aus allen diesen Gründen müßten die Verhandlungen jetzt stattfinden "und von einer Diskussion über die Garantie einer demokratischen Abstimmung des algerischen Volkes begleitet sein".

26. Juni 1960

Zwischen EWG und EFTA

Von Heinrich Wilhelm Kopf
Ministerpräsident von Niedersachsen

Nach dem Scheitern der Gipfelkonferenz ist nun vielerorts im Westen daran gegangen, die eigenen Positionen neu zu überdenken, die gegnerischen zu überprüfen und Ansatzpunkte dafür zu suchen, ob überhaupt und wie das Gespräch zwischen Ost und West fortgesetzt werden könnte. Auch in der Bundesrepublik hat in diesem Zusammenhang eine Diskussion begonnen, die sich freilich nicht auf die Möglichkeiten einer gemeinsamen Außenpolitik zwischen Koalition und Opposition beschränken sollte.

Da hat bisher den Anschein, als ob das Pariser Fiasko bei den für das wirtschaftspolitische Geschehen in Europa Verantwortlichen noch nicht jenes Ausmaß an Selbstbesinnung ausgelöst hat, das es zweifellos im politischen Bereich hinterließ. Der Streit zwischen EWG und EFTA geht vorerst weiter, und die seit langem gehegten Befürchtungen, daß die Spaltung des Kontinentes in zwei rivalisierende Wirtschaftsblöcke noch weiter vertieft werden könnte, sind noch keineswegs zerstreut. Erst in diesen Tagen konnte man sogar aus dem Munde eines Kabinettschefs bei der EWG-Behörde in Brüssel hören, daß ein Brückenschlag zwischen den beiden Wirtschaftsgebieten nur eine Phase sei, weil es gar keine Brücke zwischen den beiden verschiedenartigen Strukturen geben konnte. Solcher Ansichten, noch dazu, wenn sie aus dem Munde eines hohen EWG-Funktionärs stammen, müssen realistisch denkende, auf Ausgleich bedachte Politiker wie Wirtschaftler nachdenklich stimmen.

Wir können uns heute angesichts der Bedrohung aus dem Osten einfach keinen innereuropäischen Wirtschaftszweig leisten. Dies auch dann nicht, wenn der mächtigste unserer westlichen Partner auf die Karte der EWG gesetzt hat, weil er in ihr nicht nur den Ansatz für ein einheitliches Wirtschaftsgebiet, sondern auch das Fundament für ein starkes politisches Zusammenwachsen auf dem europäischen Kontinent gesehen haben mag. Die EWG der sechs bleibt eine halbe Lösung, wie die EFTA der sieben gleichfalls nur eine halbe Lösung darstellt.

In den norddeutschen Bundesländern wird die Auseinandersetzung zwischen EWG und EFTA mit großer Sorge betrachtet. Niedersachsen hat, wie seine Nachbarn in den Küstenländern, seinerzeit die Bildung der EWG in der festen Erwartung zugestimmt, daß damit der Anfang zu einem größeren europäischen Wirtschaftszusammenschluß zustande kommen würde, etwa auf der Basis der im Europarat oder im der OEEC zusammengeschlossenen Länder. Das ist leider nicht eingetroffen. Der Warenaustausch der

28. Juni 1960

vier Küstenländer Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen mit den sieben EFTA-Staaten ist wesentlich intensiver, als dies in Bundesdurchschnitt der Fall ist. Diese vier Länder exportieren nämlich fast doppelt soviel in die EFTA-Zone wie in die EWG-Staaten. Die fünf skandinavischen Länder mit nur 20 Millionen Einwohner haben 1959 rund ein Achtel des gesamten deutschen Exportes abgenommen oder 1,6 Milliarden D-Mark mehr als der größte Abnehmer der Bundesrepublik, die USA. Unser dänischer Nachbar allein kaufte z.B. in der Bundesrepublik genauso viele deutsche Erzeugnisse wie Indien und China zusammen. Andererseits ist die Bundesrepublik Dänemarks zweitgrößter Abnehmer, insbesondere von landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Rund fünf Prozent unseres deutschen Verbrauches an Rindfleisch wird bekanntlich mit dänischen Schlachtrindern gedeckt.

Diese wenigen Zahlenbeispiele zeigen die enge Verflechtung des deutschen, insbesondere des norddeutschen Raumes mit den skandinavischen Ländern deutlich machen. Sollten z.B. die Agrarpolitik innerhalb der EWG zu einer ernsthaften Beschränkung der dänischen Ausfuhr nach Deutschland führen, so muß damit gerechnet werden, daß sich Dänemark Ausweichmärkte innerhalb des EFTA-Bereiches sucht. Die weitere Konsequenz ist nur allzu deutlich: Dänemark müßte künftig auch seine Einkäufe bei diesen EFTA-Partnern zu Lasten seiner bisherigen Importe aus der Bundesrepublik senkern.

Die Wirtschaftsgespräche anläßlich der Deutschen Industriemesse und des Nordischen Tages in Hannover haben gezeigt, daß unsere skandinavischen Nachbarn einen aktiven deutschen Beitrag zur Lösung der wirtschaftspolitischen Spannungen in Europa erwarten, die auf dem Hintergrund von EWG und EFTA entstanden sind. Weder die nordischen Länder noch die Bundesrepublik können ein Interesse an einer Verlagerung traditioneller Handelsströme haben, deren Beginn bis in die Anfangszeit der Hanse zurückreicht. Für die norddeutschen Küstenländer aber im besonderen würden durch die Beibehaltung der europäischen Spaltung in zwei Wirtschaftsblöcke ihre Vorteile und natürlichen Gegebenheiten der Zuordnung zum skandinavischen Norden entwertet. Vor ihnen aus den Kriegstrümmern wiederaufgebauten modernen Häfen würde sich eine Zollpräferenzschranke erheben, und die Küstenländer würden noch weiter an den Rand feindlich gegenüberstehender Wirtschaftsgebiete gedrückt. Daher muß die wirtschaftliche Zusammenarbeit in einem größeren Europa das oberste Ziel aller bleiben.

Primitive Gaux-Werbung als Berlinale-"Beitrag"

H.G.S. - Seit Jahr und Tag sucht die SPD-Presse, besonders ihr Westberliner "Organ" mit dem Titel "Die Wahrheit", den Regierenden Bürgermeister Willy Brandt als "Frontstadtchef" und die Stadt Berlin als "Frontstadt" zu diffamieren. Übrigens stammt der Titel "Frontstadt" aus dem Vokabular des seligen Herrn Goebbels in seiner letzten "Panzerbär"-Phase.

Unser Überraschter war nun, als in "Zoo-Palast" anlässlich der zweiten Festauführung zur X. Berlinale ein Herr die Bühne betret und seiner Freude darüber Ausdruck gab, daß der nachfolgende Film, eine Welturaufführung des brasilianischen Spielfilms "Männer von Rio" in Farbe, gerade in der "wichtigen Frontstadt Berlin" zum ersten Male gezeigt würde.

Dieser Herr gehörte der Deutschen Abteilung der Gaux-Bewegung an, die - wie sich alsbald herausstellte - den Film mit ihren Mitteln und Mitgliedern in Rio gedreht hatte und ihr zu einer kräftigen Werbungspitze in der Berlinale ausnutzte.

Was nun nämlich folgte, 2038 in penetranter Gaux-Werbung von unglaublicher Primitivität der "Permanente Moral" in Rio, schriebe es, innerhalb von einer halben Stunde des halbgelüllten Postspielkino um ein weiteres Drittel türschlagender vorärzter Besucher zu konzentrieren.

Der Film, in Gewerkschaftsmilieu des Hofens von Rio spielend, wendet sich gegen das Streikrecht. In kaum fählicher Simplifizierung der Probleme erklärt er den Streik als Mittel des Teufels und der Abkehr von Gott. Der Gewerkschaftsführer wird seinen Leuten abspenstig gerichtet, weil er "erkant und herou". Bild sitzt er friedlich am Familientisch des Unternehmers. Da macht Gott auch sein gelähmtes Kind aus Dankbarkeit über den verworfenen Streik wieder gehend. Die meisten anderen Arbeiter erkennen, welches Blendwerk des Teufels der Streik war, und das er die "nationale Wirtschaft des Landes gefährdet."

Man führt Wahlen im Hofen durch. Dabei heisst es aus dem Munde des Unternehmers: "Alle Arbeiter entscheiden sich für uns. Wir entscheiden uns für uns. Wir brauchen bald nur noch eine Liste. Das ist eben Demokratie." Auch sonst wird hier moralische Aufrüstung in Stile des Eriemann-Prozesses getrieben.

Man versucht die katholischen Instanzen, die der Gaux-Bewegung teilweise sehr skeptisch gegenüberstehen, nach diesem Filmanschauwerk. Für die Gewerkschaften der Welt ist der Film eine Provokation. Nach dem Film erfolgten von der Bühne die üblichen halbstündigen Werbereden von "Jouerzeugten".

Die Berlinale-Leitung hat mit diesem Intervall einen wichtigen Pehlgriff getan.

Demokratie ohne Illusionen

W.M. - Die alljährlichen Journalistengespräche in der Evangelischen Akademie Loccum finden stets in der deutschen Öffentlichkeit einen breiten Widerhall. Das liegt nicht nur daran, daß alle Teilnehmer von Berufswegen gehalten sind, ausführlich darüber zu berichten, nicht nur an der geschickten Hand, mit der Landesbischof Eilje die Diskussionen leitet. Die Themen, die man dort anpackt, gehören fast immer zu den sog. "heissen Eisen", vor deren Behandlung andere Foren der öffentlichen Meinung - seien es Parlamente oder Verbandstage - in der Regel zurückschrecken. Im vorigen Jahre beachtete man sich, in Anwesenheit so prominenter Gäste, wie Friedrich Feer, Erich Käy und Carlo Schmid, um eine Ortsbestimmung des heute bereits wieder vielfach geschmähten Intellektuellen in unserer Gesellschaft.

Diesmal ging es um eine kritische Analyse der Demokratie. Vermag sie überhaupt noch die Probleme der industriell-bürokratischen Gesellschaft des 20. Jahrhunderts zu bewältigen? Sind ihre Institutionen nicht nur Fassade geworden, hinter der sich das wirkliche Spiel der politischen Kräfte im Dunkeln vollzieht?

Prof. Dr. Rachel Freund, Kiel, hatte seinen Auftrag, mit dem klassischen Begriff der Demokratie, wie er in der englischen, amerikanischen und französischen Revolution entwickelt worden ist, ins Gericht zu gehen, sehr ernst genommen. Daß Demokratie nicht mehr als ständige Herrschaft des Volkes umschrieben werden kann, daß der einzelne Bürger auf die Fülle der Entscheidungen, die in einer immer komplizierter werdenden Gesellschaft täglich zu treffen sind, kaum mehr Einfluß hat, wie sind Tatsachen, die von der Soziologie schon seit Jahrzehnten registriert werden. Daß man aber bei solcher Feststellungen die übende Laune des Spottes über das "Monstrum" Volk ausgießen, daß man die Lehre von der Volkssouveränität als Wurzel des modernen Totalitarismus verdammt? Gewiß, es bedarf einer Fülle institutioneller Filter, damit aus der Wahlentscheidung des Volkes eine Regierung hervorgeht, die auch wirklich in der Lage ist, zu regieren.

Das Schicksal der ersten deutschen und der französischen vierten Republik, die an einem Mangel an solchen Institutionen zugrunde gingen,

sollte eine permanente Mahnung zur Wachsamkeit sein. Aber Demokratie ist mehr als ein Mechanismus zur Etablierung einer handlungsfähigen Regierung; wenn sie sich nicht auch als demokratisches Verhalten im täglichen Umgang miteinander manifestiert, bleibt sie ein sterblicher Apparat, dem keine Dauer beschieden ist. Wichtigere als den englischen Parlamentarismus als verbindliches Modell für Demokratie überhaupt zu konstituieren, wie Michael Freund es unter Vernachlässigung aller historischen Verschiedenheiten tat, ist es, den Geist der angelsächsischen Demokratie auch bei uns in jedem einzelnen Bürger einzupflanzen.

Daß auch andere Formen der Verfassung als die englischen eine lebendige Demokratie garantieren, zeigte sehr eindringlich ein Referat des Schweizer Journalisten Fritz René Allemann, der eine Reihe von Vergleichen zwischen der Bundesrepublik und seiner Heimat zog, ohne dabei, was besonders wichtig war, nur die Schweiz als allein-seligmachendes Muster anzupreisen.

Demokratie erschöpft sich eben nicht in Institutionen, sie muß nicht nur im politischen sondern im gesamten gesellschaftlichen Leben praktiziert werden. In der Industriegesellschaft haben sich ohne Zweifel Strukturen herausgebildet, die echtes demokratisches Verhalten erschweren; aber ebenso stark zeichnen sich in ihr Tendenzen ab, die statt einer hierarchischen Über- und Unterordnung ein Nebeneinander erfordern. Dies gilt vor allem für die Arbeits- und Betriebsorganisation, aber auch für den Pluralismus der Großverbände.

Prof. Dr. Dietrich v. Oppen, Marburg, legte dies am Schluß der Tagung überzeugend dar. Demokratie ohne Illusionen - das heißt zwar eine akzeptiertere Betrachtung des Volkswillens als bei den Vätern der modernen Demokratie, den Puritanern des 17. und den Aufklärern des 18. Jahrhunderts, es heißt aber auch, daß die entwickelte Industriegesellschaft die Demokratie nicht notwendig auszuhehlen braucht. Im Gegenteil, diese Gesellschaft bedarf, schon allein um funktionieren zu können, der Demokratie als der ihr angemessenen politischen Lebensform.

+ + +

Verantwortlich: Günter Marckscheffel